

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/Z003(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 26.04.2007	Ratssaal	14:00Uhr	18:45Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem DS0126/07
Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen
Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007 zur
Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg
im Zusammenhang mit allen vorliegenden Änderungsanträgen
BE: Bürgermeister
- 4 Ausstellung des Magdeburg-Passes A0073/07

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge eröffnet die Sondersitzung Z003(IV) und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Ortsbürgermeister, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
Zu Beginn anwesend	40		
maximal anwesend	51	“	“
entschuldigt	6	“	“

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge begrüßt Herrn Dr. Kartashov, Oberbürgermeister von Saparoshje, Herrn Prof. Dr. Belikov, Rektor der Nationalen Technischen Universität, Herrn Prof. Dr. Grishak, Prorektor der Nationalen Technischen Universität, Herrn Bikulov, Vizepräsident IHK Saparoshje.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Kartashov richtet ein Grußwort an die Stadträtinnen und Stadträte.

Auf Antrag der FDP-Fraktion nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 1440-Z003(IV)07

Als sachkundiger Einwohner im Ausschuss RPB wird anstelle von Herrn Martin Sobczyk Herr Thomas Schacht, Dipl.-Kaufmann, wohnhaft Rudolf-Wolf-Str. 18, 39112 Magdeburg mitarbeiten.

Der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Stage verweist auf den kritischen Zeitungsartikel in der Magdeburger Volksstimme vom 18.04.2007 bezüglich der Zahlung des Sitzungsgeldes für die beiden regulär einberufenen Stadtratssitzungen am 16.04.2007. Um in der Öffentlichkeit ein kleines Zeichen zu setzen, bittet er die Stadträtinnen und Stadträte das Sitzungsgeld für die Stadtratssondersitzung für einen guten Zweck zu spenden.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge informiert, dass er bezüglich der Berichterstattung in der Magdeburger Volksstimme einen Beschwerdebrief an den Chefredakteur Herrn Dr. Kadell geschickt hat. Er bringt weiterhin seine Verwunderung über die daraufhin veröffentlichte Äußerung des Vorsitzenden der Fraktion future! – die jugendpartei, zum Ausdruck und nimmt kritisch dazu Stellung.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning und der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern halten die Äußerung des Stadtrates Stage, Fraktion future! – die jugendpartei ebenfalls für unangemessen und üben scharfe Kritik. Sie danken dem Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge für seinen Schreiben an den Chefredakteur der Magdeburger Volksstimme Herrn Dr. Kadell.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Erweiterung der Tagesordnung

Antrag des Ausschusses FG

A0073/07

Ausstellung des Magdeburg-Passes
in Verbindung mit dem Änderungsantrag
A0073/07/1 des Ausschusses Juh

mit 2/3 Mehrheit angenommen als **TOP 4**

Die veränderte Tagesordnung wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

3. Untersetzung der Konsolidierungsvorgaben aus dem
Zustimmungsbeschluss zu den kommunalaufsichtlichen
Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 02.02.2007
zur Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg

DS0126/07

BE: Bürgermeister

Der Vorschlag des Vorsitzenden des Stadtrates Herr Ansorge, jedem Redner max. 2 Minuten Redezeit zu gewähren, wird vom Stadtrat mitgetragen.

Des Weiteren informiert der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge über folgende Verfahrensweise:

1. Abstimmung zum Änderungsantrag DS0126/07/62 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
2. Abstimmung zum Änderungsantrag DS126/07/58 der SPD-Fraktion
3. Abstimmung zu den vorliegenden Änderungsanträgen in der Reihenfolge der Anlagen 1 – 3 der Drucksache DS0126/07

Der Stadtrat stimmt dem Verfahrensvorschlag zu.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert einleitend über die heutige Beschlussfassung und deren Folgen. Er merkt an, dass die Beratung zur Haushaltskonsolidierung auf der Grundlage der Auflagen des Landesverwaltungsamtes durchgeführt wird mit dem Ziel, dass mit einer entsprechenden Stadtratsbeschlussfassung in der Folge die Haushaltssperre für die Landeshauptstadt Magdeburg aufgehoben werden kann.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper stellt fest, dass bei einer Verfehlung dieses Zieles die Haushaltssperre verbleibt. Er geht abschließend kritisch auf Aussagen in einem Informationsblatt der MVB ein.

Die Nachfrage der Vorsitzenden des Ausschusses K Stadträtin Meinecke, ob mit dem heute gefassten Beschluss zur Haushaltskonsolidierung die Information I0053/07 aufgehoben wird, wird vom Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper bejaht. Er weist aber darauf hin, dass die Freigabe von Haushaltsmitteln in Abhängigkeit vom Bescheid des Landesverwaltungsamtes zu sehen ist.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Bromberg schlägt vor, dass alle Änderungsanträge, die nicht im Ausschuss FG zur Beratung vorlagen, heute in die entsprechenden Ausschüsse und den Ausschuss FG zu überweisen. Er unterstützt den Änderungsantrag DS0126/07/62 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Stadtrat Bromberg spricht sich weiterhin dafür aus, den Vermögenshaushalt so zu belassen, wie er vor Monaten beschlossen wurde. Diesbezüglich vorliegende Änderungsanträge sollten in die Ausschüsse überwiesen werden.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning spricht sich dafür aus, alle nicht haushaltsrelevanten Änderungsanträge in die entsprechenden Ausschüsse zu überweisen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern spricht sich im Namen seiner Fraktion für eine konsequente Abstimmung aller vorliegenden Änderungsanträge aus.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke unterstützt den Änderungsantrag A0126/07/62 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal begründet nochmals den Änderungsantrag DS0126/07/62 und bittet um Zustimmung.

Änderungsantrag DS0126/07/62 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Stadtrat **beschließt** mit 18 Ja-, 26 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1441-Z003(IV)07

Der Änderungsantrag DS0126/07/62 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1. Eine Beschlussfassung des Stadtrates in seiner heutigen Sitzung (26. 04.07) erfolgt nur zu jenen Änderungsanträgen, die direkt Bezug nehmen auf die in der Drucksache DS0126/07 vom Oberbürgermeister vorgelegten Einsparmaßnahmen.
2. Die Anträge, die weitere Sparvorschläge der Fraktionen zum Inhalt haben und nicht direkt Bezug auf die in der HH-Drucksache aufgeführten Maßnahmen nehmen, werden in den Ausschuss F/G zur Beratung verwiesen.
3. Für Vorschläge der Fraktionen, die im F/G eine Mehrheit finden, erarbeitet der Oberbürgermeister umgehend eine Drucksache bzw. zum jeweiligen Sachverhalt entsprechende Drucksachen, um sie dem Stadtrat zur Beschlussfassung als weiteren Teil der Haushaltskonsolidierung vorzulegen.
4. Das Landesverwaltungsamt ist über dieses Bemühen weiterer HH-Konsolidierung zu unterrichten.

wird **abgelehnt**.

Gemäß Änderungsantrag DS0126/07/58 der SPD-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1442-Z003(IV)07

Der Kurztitel des Beschlussvorschlages wird wie folgt gefasst

Untersetzung der Konsolidierungsvorschläge aus **dem Beschluss des Stadtrates Nr. 1392-46(IV)07 vom 15.3.2007** zu den kommunalaufsichtlichen Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 2.2.2007 zur Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg

Es erfolgt die Abstimmung zu den Änderungsanträgen gemäß der in Anlage 1 der Drucksache DS0126/07 enthaltenen Maßnahmen.

Maßnahme 107

Hierzu liegen vor:

- Änderungsantrag DS0126/07/28 der CDU-Fraktion
- Änderungsantrag DS0126/07/57 der SPD-Fraktion
- Änderungsantrag DS0126/07/73 der Fraktion future! – die jugendpartei
- Änderungsantrag DS0126/07/37 der CDU-Fraktion
- Änderungsantrag DS0126/07/19 des Ausschusses FG

Änderungsantrag DS0126/07/28 der CDU-Fraktion

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen:

Beschluss-Nr. 1443-Z003(IV)07

Der Änderungsantrag DS0126/07/28 der CDU-Fraktion –

Der Stadtrat möge beschließen:

Im Zusammenhang mit der Maßnahme 107 „Reduzierung von Ausgaben zur Unterhaltung und Steuerung der Straßen, Wege, Plätze und Straßenbeleuchtung“ wird der Oberbürgermeister beauftragt, eine Drucksache mit der Zielstellung der Privatisierung der Betreuung der kommunalen Straßenbeleuchtung und der Lichtsignalanlagen zu erarbeiten. Diese ist nach der Beratung in den entsprechenden Stadtratsausschüssen dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen. –

wird **abgelehnt**.

Änderungsantrag DS0126/07/57 der SPD-Fraktion

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr begründet den vorliegenden Änderungsantrag DS0126/07/57.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke merkt im Namen seiner Fraktion an, dass diese dem Änderungsantrag DS0126/07/57 der SPD-Fraktion nur in Form eines Prüfauftrages zustimmen würde.

Gemäß Änderungsantrag DS0126/07/57 der SPD-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1444-Z003(IV)07

Die Konsolidierungsnummer 107 wird ergänzt um die Bemerkung:

“Abschalten der Lichtsignalanlagen in verkehrsschwachen Zeiten und bei geringem Bedarf, Verzicht auf Kreuzungsversorgung und Prüfung anderer Möglichkeiten der Verkehrsführung”

Änderungsantrag DS0126/07/73 der Fraktion future! – die jugendpartei

Der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage begründet den Änderungsantrag DS0126/07/73.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1445-Z003(IV)07

Der Änderungsantrag DS0126/07/73 der Fraktion future! – die jugendpartei –

1. Bei der Erarbeitung des Konzeptes durch die Stadtverwaltung, zur Reduzierung von Ausgaben bei Lichtsignalanlagen, ist die gesetzliche Notwendigkeit der Vorhaltung von mehr als eine Ampel pro Fahrtrichtung zu prüfen. Rechtlich nicht notwendige Ampeln pro Fahrtrichtung sind an entsprechenden Kreuzungen abzubauen bzw. zu geeigneten Tages-/Nachtzeiten komplett abzuschalten.
2. Für zukünftige **Investitionen** in Lichtsignalanlagen ist die gesetzliche Notwendigkeit der Vorhaltung von mehr als eine Ampel pro Fahrtrichtung zu prüfen und dementsprechend umzusetzen. –

wird **abgelehnt**.

Änderungsantrag DS 0126/07/37 der CDU-Fraktion

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern gibt aufgrund der kritischen Anmerkungen des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper zur Formulierung im Beschlusstextum 20%... eine redaktionelle Änderung bekannt. (vor 20% ist das Wort „maximal“ einzusetzen).

Die Empfehlung des Vorsitzenden der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning, diese Modifizierung auch in den folgenden Änderungsanträgen der CDU-Fraktion vorzunehmen, wo die Formulierung „...um 20%...“ steht, wird vom Vorsitzenden der CDU-Fraktion Stadtrat Stern mitgetragen.

Der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage spricht sich für die Ablehnung des Änderungsantrages DS0126/07/37 der CDU-Fraktion aus.

Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion und Stadtrat Bromberg, SPD-Fraktion argumentieren ebenfalls gegen eine Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0126/07/37 der CDU-Fraktion.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen:

Beschluss-Nr. 1446-Z003(IV)07

Der Änderungsantrag DS0126/07/37 der CDU-Fraktion –

Im Zusammenhang mit der Maßnahme 107 „Reduzierung von Ausgaben zur Unterhaltung und Steuerung der Straßen, Wege, Plätze und Straßenbeleuchtung“ wird der Oberbürgermeister beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Städtischen Abfallwirtschaftsbetrieb eine Kostenreduzierung um 20%, bezogen auf das Jahr 2007, bei den Ausgaben für die Straßenreinigung zu realisieren. –

wird **abgelehnt**.

Änderungsantrag DS0126/07/19 des Ausschusses FG

Gemäß Änderungsantrag DS0126/07/19 des Ausschusses FG **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen:

Beschluss-Nr. 1447-Z003(IV)07

Der Kurztitel der Haushaltskonsolidierungsmaßnahme 107 wird wie folgt ergänzt:

*„Reduzierung von Ausgaben zur Unterhaltung und Steuerung der Straßen, Wege, Plätze, Straßenbeleuchtung und **Lichtsignalanlagen**“*

Maßnahme 110

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag DS0126/07/55 der FDP-Fraktion
- Änderungsantrag DS0126/07/67 der Fraktion Die Linkspartei.PDS
- Änderungsantrag DS0126/07/59 der SPD-Fraktion

Änderungsantrag DS0126/07/55 der FDP-Fraktion

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke begründet den Änderungsantrag DS0126/07/55.

Der Bürgermeister Herr Czogalla weist in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Aufsichtsrates der KID Magdeburg GmbH darauf hin, dass die angegebene Zahl in der Begründung (1 Mio Euro) nicht stimmt.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht klarstellend auf das mögliche Einsparungspotential ein, verweist dabei aber auf die rechtlichen Konsequenzen einer Rechtsformänderung und hält es für sinnvoll, hierzu erst einmal eine Analyse zu erarbeiten.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning unterstützt die Ausführungen des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper und regt an, den Änderungsantrag DS0126/07/55 als Prüfauftrag zu formulieren.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke gibt eine redaktionelle Änderung im Änderungsantrag DS0126/07/55 bekannt. (Der Beschlusstext ist wie folgt zu ergänzen: Das Ergebnis des Prüfauftrages aus dem Jahr 2005 (DS0464/05/15, Beschluss-Nr. 766-Z001(IV)05) ist einzubeziehen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal übt scharfe Kritik an dem Änderungsantrag DS0126/07/55.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen:

Beschluss-Nr. 1448-Z003(IV)07

Der ergänzte Änderungsantrag DS0126/07/55 der FDP-Fraktion -

Die KID Magdeburg GmbH wird aufgelöst.

Die KID Magdeburg wird als Eigenbetrieb der Stadt geführt.

Das Ergebnis des Prüfauftrages aus dem Jahr 2005 (DS0464/05/15, Beschluss-Nr. 766-Z001(IV)05) ist einzubeziehen.

wird **abgelehnt**.

Änderungsantrag DS0126/07/59 der SPD-Fraktion

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr begründet den Änderungsantrag DS0126/07/59.

Gemäß Änderungsantrag DS0126/07/59 der SPD-Fraktion beschließt der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1449-Z003(IV)07

Die Konsolidierungsmaßnahme 110 wird im Kurztitel wie folgt ergänzt:

“Überprüfung Ausgaben für EDV und KID mit dem Ziel, eine deutliche Kostenoptimierung zu erreichen und kostengünstigere Rahmenverträge abzuschließen”

Änderungsantrag DS0126/07/67 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning begründet den Änderungsantrag DS0126/07/67.

Gemäß Änderungsantrag DS0126/07/67 der Fraktion Die Linkspartei.PDS **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen:

Beschluss-Nr. 1450-Z003(IV)07

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Vertrag mit der KID mit dem Ziel der Verringerung der jährlichen Kosten zu prüfen und gegebenenfalls Vorschläge für eine Änderung der Organisationsstruktur vorzulegen.

Das Prüfergebnis soll zum Juli 2007 vorliegen und Chancen für Änderungen ab 2008 eröffnen.

Maßnahme 111

Hierzu liegt der Änderungsantrag DS0126/07/2 der Fraktion Die Linkspartei.PDS vor.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning bittet um Zustimmung zum Änderungsantrag DS0126/07/2.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Bromberg bringt einen Änderungsantrag ein.

Gemäß Änderungsantrag des Ausschusses FG **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Im Beschlusstext des Änderungsantrages DS0126/07/2 der Fraktion Die Linkspartei.PDS wird der Satz: „Die Positionen „Sporthalle“ werden gestrichen.“ – entfernt.

Gemäß Änderungsantrag DS0126/07/2 der Fraktion Die Linkspartei.PDS **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages des Ausschusses FG einstimmig:

Beschluss-Nr. 1451-Z003(IV)07

Die in der Anlage 1 aufgeführte Konsolidierungsmaßnahme 111 wird mit Änderungen bestätigt.

HKK-Nr. 111:

Für die städtischen Sporthallen ist dem Stadtrat noch 2007 ein zukunftsfähiges Nutzungskonzept zur Bestätigung vorzulegen.

Maßnahme 112

Hierzu liegt der Änderungsantrag DS0126/07/3 der Fraktion Die Linkspartei.PDS vor.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper merkt an, dass die Verwaltung ein Personalentwicklungskonzept erarbeiten und dem Stadtrat vorlegen wird. Eine Einbeziehung des Personalrates erfolgt erst bei der konkreten personellen Umsetzung, aber nicht im Vorfeld bei der Erarbeitung.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning begründet den Änderungsantrag DS0126/07/3 und geht kritisch auf die Feststellungen des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper ein.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, stimmt grundsätzlich dem Vorschlag des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper zu. Dabei sollten die Aspekte, Prozess der Aufgabenkritik und Vermeidung von personellen Engpässen im pädagogischen und sozialen Bereichen, insbesondere durch junge Mitarbeiter, Beachtung finden.

Der Beigeordnete für Umwelt, Wirtschaft und Allgemeine Verwaltung Herr Platz macht Ausführungen zu bestehenden Kontrakten des Oberbürgermeisters mit den Beigeordneten, welche bis 2009 gültig sind. Er schlägt vor, bei der Überarbeitung und Fortschreibung dieser Kontrakte die heute genannten Gesichtspunkte mit einzubeziehen. Herr Platz merkt weiterhin an, dass diese zur Realisierung der Personalanpassung dienen und mit dem Personalrat und verschiedenen Gremien erörtert werden.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern stimmt im Namen seiner Fraktion den Vorschlägen des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper zu.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, merkt mit Verweis auf die Maßnahme 120 an, dass es auch Bereiche gibt, in denen eine prozentuale Personalkürzung nicht möglich ist.

Stadträtin Frömert, Fraktion Die Linkspartei.PDS, unterstützt die Ausführungen des Stadtrates Canehl, SPD-Fraktion und begründet nochmals die Intention des Änderungsantrages DS0126/07/3.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper stellt nochmals klar, dass es zwar Gespräche mit dem Personalrat gibt, aber die Vorlage des Konzeptes durch die Verwaltung ohne Mitzeichnung des Personalrates erfolgt.

Stadträtin Huhn, SPD-Fraktion, argumentiert für den Änderungsantrag DS0126/07/3 der Fraktion Die Linkspartei.PDS .

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen:

Beschluss-Nr. 1452-Z003(IV)07

Der Änderungsantrag DS0126/07/3 der Fraktion Die Linkspartei.PDS -

Der Stadtrat möge Beschlusspunkt 1 ergänzen:

Die in der Anlage 1 aufgeführte Konsolidierungsmaßnahme 112 wird mit Änderungen bestätigt.

HKK-Nr. 112:

In allen Verwaltungsbereichen ist nach Aufgabenkritik ein mit dem Personalrat abgestimmtes Personalentwicklungskonzept vorzulegen zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit der Verwaltungseinheiten und zur Verhinderung von Pauschalkürzungen. –

wird **abgelehnt**.

Maßnahme 113

Hierzu liegt der Änderungsantrag DS0126/07/4 der Fraktion Die Linkspartei.PDS vor.

Gemäß Änderungsantrag DS0126/07/4 der Fraktion Die Linkspartei.PDS **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1453-Z003(IV)07

Der Stadtrat möge Beschlusspunkt 1 ergänzen:

Die in der Anlage 1 aufgeführte Konsolidierungsmaßnahme 113 wird mit Änderungen bestätigt.

HKK-Nr. 113:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, vor der Einführung eines Modellprojektes den konkreten Nachweis zur Finanzierung desselben und zur erhofften Einsparung bei den Kosten der Unterkunft zu erbringen.

Maßnahme 114

Hierzu liegen vor:

- Änderungsantrag DS0126/07/41 des Oberbürgermeisters
- Änderungsantrag DS0126/07/13 der CDU-Fraktion unter Beachtung der Änderungen des Ausschusses FG
- Änderungsantrag DS0126/07/5 der Fraktion Die Linkspartei.PDS
- Änderungsantrag DS0126/07/54 der FDP-Fraktion
- Änderungsantrag DS0126/07/1 des Stadtrates Czogalla, SPD-Fraktion

Änderungsantrag DS0126/07/41 des Oberbürgermeisters

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper begründet den Änderungsantrag DS0126/07/41 und verweist darauf, dass damit eine Abstimmung zu den anderen Änderungsanträgen zu dieser Maßnahme nicht mehr erforderlich wäre.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern erklärt sich im Namen seiner Fraktion mit dem Änderungsantrag DS0126/07/41 des Oberbürgermeisters einverstanden und zieht den Änderungsantrag DS0126/07/13 **zurück**.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning zieht den Änderungsantrag DS0126/07/5 **zurück**.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion zieht den Änderungsantrag DS0126/07/54 **zurück**.

Stadtrat Czogalla, SPD-Fraktion, zieht den Änderungsantrag DS0126/07/1 **zurück** und bittet darum, diesen bei der Untersuchung mit einzubeziehen.

Gemäß Änderungsantrag DS0126/07/41 des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1454-Z003(IV)07

Der Kurztitel der Haushaltskonsolidierungsmaßnahme 114 in der Anlage 1 der Drucksache wird neu gefasst:

Reduzierung der Zuschüsse an die Flughafen Magdeburg GmbH (FMG).

Maßnahme 115

Hierzu liegen vor:

- Änderungsantrag DS0126/07/46 der Fraktion Die Linkspartei.PDS
- Änderungsantrag DS0126/07/29 der CDU-Fraktion

Änderungsantrag DS0126/07/46 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker erläutert umfassend den Vorschlag der Verwaltung und geht auf die Faktenlage, insbesondere der Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit und der ARGE, ein. Sie beantwortet in diesem Zusammenhang die Nachfrage der Stadträtin Frömert, Fraktion Die Linkspartei.PDS, zur Stammkräfteförderung dahingehend, dass dies nur eine Teilförderung vom Land des insgesamt notwendigen Stammkräftepotentials in den beiden Gesellschaften GISE und AQB ist. Wenn diese Teilförderung wegfällt, muss die ARGE oder die Agentur für Arbeit, wenn diese als Maßnahmefinanzierer gefragt ist, die Kosten tragen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern begründet den vorliegenden Änderungsantrag DS0126/07/29 und bittet auch hier darum, im Beschlusstext das Wort „maximal“ vor „um 20%“ einzufügen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt zur Thematik Stellung. Er weist dabei u.a. darauf hin, dass es eine Vielzahl von Städten gibt, die keine eigenen Gesellschaften mehr haben, da es sich hierbei um freiwillige Aufgaben handelt.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1455-Z003(IV)07

Der Änderungsantrag DS0126/07/46 der Fraktion Die Linkspartei.PDS –

Die Streichung der Zuschüsse für die GISE und AQB erfolgt nicht. –

wird **abgelehnt**.

Änderungsantrag DS0126/07/29 der CDU-Fraktion

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1456-Z003(IV)07

Der geänderte Änderungsantrag DS0126/07/29 der CDU-Fraktion -

Die Maßnahme Nr. 115 „Reduzierung Zuschüsse der AQB/GISE GmbH“ wird in den Bemerkungen wie folgt geändert:

Die Zuschüsse an die Gesellschaft für Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung mbH und die Gesellschaft für Innovation, Sanierung und Entsorgung werden um max. 20%, bezogen auf die geplanten Zuschüsse im Jahr 2007, reduziert.

Das maximal mögliche Einsparziel ist entsprechend anzupassen. –

wird **abgelehnt**.

Maßnahmen 116 und 117

Änderungsantrag DS 0126/07/56 der SPD-Fraktion

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr begründet den vorliegenden Änderungsantrag DS0126/07/56.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern schließt sich im Namen seiner Fraktion dem Änderungsantrag DS0126/07/56 der SPD-Fraktion an.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann spricht sich ebenfalls für die Annahme des Änderungsantrages DS0126/07/56 aus.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt zur Thematik Stellung. Er begründet die genannte Einsparsumme und informiert, dass zur Zeit analysiert wird, welche Konsequenzen die Reduzierung der Zuschüsse für die MVB hat und auch Vorschläge unterbreitet werden, in welcher Form weitere Einsparungen möglich sind.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bittet darum, die Änderungsanträge DS0126/07/24 - /26 mit in die Diskussion der Verwaltung einzubeziehen.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning sieht bezüglich des Änderungsantrages DS0126/07/56 der SPD-Fraktion die Gefahr, dass die größten Einsparungen bei der MVB vorgenommen werden und begründet seinen Standpunkt.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke stimmt im Namen seiner Fraktion dem Änderungsantrag DS0126/07/56 der SPD-Fraktion zu, gibt aber zu Bedenken, dass bei einer eventuellen Erhöhung der geplanten Streichungen der Zuschüsse bei kleineren Gesellschaften, diese in ihrer Existenz gefährdet sind. Er bittet abschließend darum, dass die Änderungsanträge DS0126/07/47 -/54 seiner Fraktion in das Verfahren mit einbezogen werden.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt zur Vorgehensweise der Verwaltung Stellung und räumt die geäußerten Bedenken des Vorsitzenden der FDP-Fraktion aus.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hält die geplanten Einsparungen im Nachtverkehr der MVB für kontraproduktiv und begründet seine Haltung.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag DS0126/07/56 der SPD-Fraktion mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1457-Z003(IV)07

In Anlage 1 werden die Konsolidierungsvorschläge 116 und 117 zusammengeführt und wie folgt neu gefasst:

HKK	Kurztitel	Maximal mögliches Einsparziel	Erreichbar frühestens ab	Bemerkung
116	Reduzierung Zuschüsse Gesellschaften	4.000,0	2008	ohne Zoo (Stadtratsbeschluss AQB/Gise (Nr. 115)

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge informiert, dass die nachfolgend genannten Änderungsanträge, die sich auf die Maßnahmen 116 und 117 beziehen und mit der vorhergehenden Beschlussfassung nicht mehr zur Abstimmung kommen, in die vom Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper zu erarbeitende Drucksache inhaltlich mit einbezogen werden:

Änderungsantrag der Fraktion Die Linkspartei.PDS :

DS0126/07/6

Änderungsanträge der CDU-Fraktion :

DS0126/07/15, DS0126/07/24, DS0126/07/25, DS0126/07/26, DS0126/07/27, DS0126/07/30, DS0126/07/32, DS0126/33, DS0126/07/35, DS0126/07/45

Änderungsanträge der SPD-Fraktion :

DS0126/07/60, DS0126/07/61

Änderungsanträge der FDP-Fraktion :

DS0126/07/20, DS0126/07/47, DS0126/07/48, DS0126/07/49, DS0126/07/50, DS0126/07/51, DS0126/07/52, DS0126/07/53,

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

DS0126/07/16

Änderungsantrag der Fraktion future! – die jugendpartei

DS0126/07/72

Maßnahme 118

Hierzu liegen vor:

- Änderungsantrag DS0126/07/21 der FDP-Fraktion
- Änderungsantrag DS0126/07/7 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Änderungsantrag DS0126/07/21 der FDP-Fraktion

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, bringt den Änderungsantrag DS0126/07/21 ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper legt kritisch seinen Standpunkt zum Änderungsantrag DS0126/07/21 der FDP-Fraktion, untermauert durch konkrete Zahlen zu einzelnen Fallbeispiele, dar.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern nimmt zur Thematik Stellung und beantragt, vor der Abstimmung zum Änderungsantrag DS0126/07/21 der FDP-Fraktion eine Auszeit von 5 Minuten.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann hält die Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer für maßvoll und spricht sich gegen die Annahme des Änderungsantrages DS0126/07/21 der FDP-Fraktion aus.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, macht ergänzende Ausführungen zur Intention des Änderungsantrages DS0126/07/21.

Der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herr Dr. Puchta nimmt zu den Anmerkungen des Vorsitzenden der CDU-Fraktion Stadtrat Stern Stellung und merkt dabei an, das eine Erhöhung der Grundsteuer für die Ansiedlung von Investoren in der Landeshauptstadt Magdeburg in der Regel keine Rolle spielt. Er hält abschließend den Vorschlag der Verwaltung für tragbar.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning widerspricht den Anmerkungen des Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionaler Zusammenarbeit Herrn Dr. Puchta bezüglich der Auswirkungen der Erhöhung der Grundsteuer auf mögliche Investoren in der Stadt Magdeburg. Er spricht sich dafür aus, sich den Bedingungen des Umlandes Schritt für Schritt anzupassen. Stadtrat Brüning bittet abschließend darum zu errechnen, was alternativ eine Erhöhung der Sondernutzung (u.a. Feste) in der Stadt kostet.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal fordert den Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herrn Dr. Puchta auf, die Firmen zu benennen, die sich aufgrund der Erhöhung der Grundsteuer nicht in Magdeburg angesiedelt haben.

Der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herr Dr. Puchta merkt nochmals an, dass die Erhöhung der Grundsteuer bisher kein ausschlaggebender Faktor für die Ansiedlung von Firmen in Magdeburg gewesen ist, sondern immer nur die Höhe der Gewerbesteuer.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht auf die in der Diskussion gemachten Ausführungen ein und begründet nochmals den Vorschlag der Verwaltung. Er bittet darum, bei Annahme des Änderungsantrages DS0126/07/21 mehrheitsfähige Vorschläge zum möglichen Einsparungspotential resultierend aus der Anhebung der Grundsteuer zu unterbreiten.

Gemäß Antrag des Vorsitzenden der CDU-Fraktion Stadtrat Stern erfolgt eine Auszeit von 5 Minuten in Verbindung mit einer regulären Sitzungspause.

Der 2. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Danicke übernimmt die Sitzungsleitung und die Sitzung wird fortgesetzt.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern argumentiert im Namen seiner Fraktion gegen die Erhöhung der Grundsteuer, trotz der Auflagen des Landesverwaltungsamtes. Sie sieht eine Gefährdung für den Wirtschaftsstandort Magdeburg.

Nach eingehender Diskussion wird das Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag DS0126/07/21 der FDP-Fraktion (17 Jastimmen, 20- Neinstimmen und 4 Enthaltungen) vom Vorsitzenden der FDP-Fraktion Stadtrat Franke angezweifelt und die Abstimmung wird wiederholt.

Gemäß Änderungsantrag DS0126/07/21 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mit 21 Ja-, 19 Neinstimmen und 5 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1458-Z003(IV)07

Die in der Anlage 1 aufgeführte Konsolidierungsmaßnahme 118 „Erhöhung Hebesatz Grundsteuer B von 450 auf 490“ wird gestrichen.

Änderungsantrag DS0126/07/7 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Gemäß Änderungsantrag DS0126/07/7 der Fraktion Die Linkspartei.PDS **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und zahlreichen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1459-Z003(IV)07

Der Stadtrat möge Beschlusspunkt 1 ergänzen:

Die in der Anlage 1 aufgeführte Konsolidierungsmaßnahme 118 wird mit Änderungen bestätigt.

HKK-Nr 118:

10 % zusätzliche Einnahmeerhöhung sollen aus der Erhöhung der Entgelte für die Sondernutzung des öffentlichen Straßenraumes kommen.

Maßnahme 120

Hierzu liegen vor:

- Änderungsantrag DS0126/07/22 der FDP-Fraktion
- Änderungsantrag DS0126/07/14 der CDU-Fraktion
- Änderungsantrag DS0126/07/71 der Fraktion future! – die jugendpartei

Änderungsantrag DS0126/07/22 der FDP-Fraktion

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke bringt den Änderungsantrag DS0126/07/22 ein.

Änderungsantrag DS0126/07/14 der CDU-Fraktion

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den Änderungsantrag DS0126/07/14 ein.

Änderungsantrag DS0126/07/71 der Fraktion future! – die jugendpartei

Stadtrat Mirko Stage, Fraktion future! – die jugendpartei, bringt den Änderungsantrag DS0126/07/71 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning unterstützt den Vorschlag der Verwaltung und schlägt vor wie folgt zu formulieren: „Erhöhung der Einnahmen durch Parkgebühren“.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, legt seinen Standpunkt zur Thematik da und schließt sich dabei dem Vorschlag der Verwaltung an.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1460-Z003(IV)07

Der Änderungsantrag DS0126/07/22 der FDP-Fraktion –

Die in der Anlage 1 aufgeführte Konsolidierungsmaßnahme 120 „Erhöhung Parkgebühren“ wird gestrichen. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1461-Z003(IV)07

Der Änderungsantrag DS0126/07/71 der Fraktion future! – die jugendpartei –

Für die Erarbeitung des Konzepts zur Parkgebührenerhöhung durch die Verwaltung werden die Überlegungen

die derzeitige maximale Parkdauer von 2 Stunden zu erhöhen

und

die derzeitige maximale Zeitdauer der Gebührenpflicht im Innenstadtbereich (inkl. Hasselbachplatz) (werktags bis 18 Uhr, samstags bis 14 / 16 Uhr) zu verlängern

mit einbezogen. –

wird **abgelehnt**.

Änderungsantrag DS0126/07/14 der CDU-Fraktion

Gemäß Änderungsantrag DS0126/07/14 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1462-Z003(IV)07

Der Kurztitel der Haushaltskonsolidierungsmaßnahme 120 in der Anlage 1 der Drucksache wird neu gefasst:

Erweiterung der bewirtschafteten Flächen für den ruhenden Verkehr sowie eine Erhöhung der Gebühren für Langzeitparker.

Bei den Bemerkungen ist folgender Satz zu ergänzen:
z.B. Otto-von-Guericke-Straße, Alter Markt und Sternstraße.

Maßnahme 121

Hierzu liegt der Änderungsantrag DS0126/07/8 der Fraktion Die Linkspartei.PDS vor.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning bringt den Änderungsantrag DS0126/07/8 ein.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke nimmt zur Maßnahme 121 Stellung und verweist darauf, dass es sich hierbei um ein Kabinettsbeschluss handelt, welchem der Landtag noch zustimmen muss. Er bittet dem Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper um eine realistische Einschätzung, ob mit den 11 Mio €finanzieller Zuwendung des Landes zu rechnen ist.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper hält auf der Basis der Drucksache, die er eingebracht hat und den Gesprächen, die er geführt hat, diese Einsparung für realistisch. Er merkt aber an, dass er nicht mit Sicherheit sagen kann, ob der Landtag dem auch so folgen wird.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern hält bezüglich des Änderungsantrages DS0126/07/8 der Fraktion Die Linkspartei.PDS das Prozessrisiko für zu groß. Er nimmt zu den Ausführungen des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper Stellung und spricht sich für kontinuierliche Sparanstrengungen durch die Stadt aus. Analog der FDP-Fraktion sieht aber auch er noch Restrisiko aufgrund anstehender Beschlüsse.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist erläuternd zur Zusammensetzung der 11 Mio €in der Maßnahme 121 darauf, dass diese auf die Entscheidung des Kabinetts zur prozentualen Erhöhung der Anteile für die kreisfreien Städte und die Berechnung des Innenministeriums für Steuermehreinnahmen der nächsten Jahre bis 2011, basiert.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann argumentiert gegen den vorliegenden Änderungsantrag und beantragt die punktuelle Abstimmung des Änderungsantrages DS0126/07/8 der Fraktion Die Linkspartei.PDS.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bringt den GO-Antrag – Überweisung des Änderungsantrages DS0126/07/8 der Fraktion Die Linkspartei.PDS in die Ausschüsse FG und KRB ein.

Der GO-Antrag des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal – Überweisung des Änderungsantrages DS0126/07/8 der Fraktion Die Linkspartei.PDS in die Ausschüsse FG und KRB – wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen **abgelehnt**.

Der Beigeordnete für Umwelt, Wirtschaft und Allgemeine Verwaltung Herr Platz nimmt aus rechtlicher Sicht zum Änderungsantrag DS0126/07/8 Stellung, informiert über ein in Auftrag gegebenes Gutachten hinsichtlich der Erfolgsaussichten eines Klageverfahrens gegen das Land Sachsen-Anhalt und unterstreicht noch einmal die Schwierigkeit einer diesbezüglichen Klageformulierung.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning geht nochmals auf die Intention des Änderungsantrages DS0126/07/8 ein und bittet ebenfalls um eine punktuelle Abstimmung.

Nach weiterer Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 16 Ja-, 23 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 1463-Z003(IV)07

Der Punkt 1 des Änderungsantrages DS0126/07/8 der Fraktion Die Linkspartei.PDS -

Der Stadtrat möge Beschlusspunkt 1 ergänzen:

Die in der Anlage 1 aufgeführte Konsolidierungsmaßnahme 121 wird mit Änderungen bestätigt.

HKK-Nr. 121:

Die Prüfung einer Klage vor dem Verfassungsgericht auf angemessene Finanzausstattung der Landeshauptstadt ist zum Ende zu bringen. –

wird vom Stadtrat mit 16 Ja-, 23 Neinstimmen und 1 Enthaltung **abgelehnt**.

Gemäß Punkt 2 des Änderungsantrages DS0126/07/8 der Fraktion Die Linkspartei.PDS **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1464-Z003(IV)07

Mit dem Umland und dem Land Sachsen-Anhalt sind Vereinbarungen zur gemeinsamen Finanzierung spezifischer Angebote in den Bereichen Kultur, Bildung, Sport, Soziales, ÖPNV, ... anzustreben.

Hinweise:

Mit der Beschlussfassung zum Punkt 1 des Änderungsantrages DS0126/07/8 der Fraktion Die Linkspartei.PDS hat sich eine Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0126/07/12 der Fraktion Die Linkspartei.PDS **erübrigt**.

Zu allen zwischen den Maßnahmen 107 und 121 nicht genannten Maßnahmen lagen keine Änderungsanträge vor. Die Maßnahmen gehen entsprechend der Anlage 1 der Drucksache DS0126/07 in die Beschlussfassung ein.

Es erfolgt die Beratung zu den Vorschlägen der Fraktionen, die keinen konkreten Bezug zur Drucksache DS0126/07 haben.

Änderungsantrag DS0126/07/34 der CDU-Fraktion

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den Änderungsantrag DS0126/07/34 ein.

Stadtrat Bromberg, SPD-Fraktion, fragt nach, ob es sich bei der beantragten Ausgabenreduzierung in Höhe von 10% um eine zusätzliche Einsparung handelt, da bereits Einsparungsprogramme bei der Pflege des städtischen Grüns auf den Weg gebracht wurden.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht klarstellend auf die Nachfrage des Stadtrates Bromberg, SPD-Fraktion, ein und verweist auf den durch die Antragstellung zu erzielenden zusätzlichen Einsparungseffekt in Höhe von 700.000 €

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal nimmt zur Thematik Stellung und weist darauf hin, dass der Änderungsantrag DS0126/07/34 dem entspricht, was seine Fraktion bereits vor Jahren vorgeschlagen hat und sich in der Folge damit auch der Arbeitskräfteansatz im Eigenbetrieb SFM verändert.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern geht nochmals auf die Intention des Änderungsantrages DS0126/07/34 ein. Er regt an zu prüfen, ob in diesem Zusammenhang die Möglichkeit besteht, dass das öffentliche Grün durch Bürger Stadt gepflegt werden kann.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann hält die Umsetzung des Änderungsantrages DS0126/07/34 für problematisch.

Stadtrat Oliver Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS , argumentiert gegen den Änderungsantrag DS0126/07/34.

Der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage bekräftigt den Änderungsantrag DS0126/07/34.

Nach eingehender Diskussion bringt der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr den GO-Antrag – Überweisung des Änderungsantrages DS0126/07/34 in den Ausschuss FG, der durch den Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal um den BA SFM ergänzt wird, ein.

Gemäß ergänzten GO-Antrag des Vorsitzenden der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen:

Der Änderungsantrag DS0126/07/34 der CDU-Fraktion wird in den Ausschuss FG und in den BA SFM überwiesen.

WV: SR-Sitzung 05.07.2007

Änderungsantrag DS0126/07/36 der CDU-Fraktion

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den Änderungsantrag DS0126/07/36 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal bringt den GO-Antrag – Überweisung des Änderungsantrages DS0126/07/36 in die Ausschüsse FG und StBV – ein.

Gemäß GO-Antrag des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen:

Der Änderungsantrag DS0126/07/36 wird in die Ausschüsse FG und StBV überwiesen.

WV: SR-Sitzung 05.07.2007

Änderungsantrag DS0126/07/42 der CDU-Fraktion

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen:

Beschluss-Nr. 1465-Z003(IV)07

Der Änderungsantrag DS0126/07/42 der CDU-Fraktion –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Veräußerung von kommunalen Grundstücken zu forcieren mit der Zielstellung, die entsprechende Einnahmeposition zu stärken. –

wird **abgelehnt**.

Änderungsantrag DS0126/07/44 der CDU-Fraktion

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, bringt den Änderungsantrag DS0126/07/44 ein.

Nach der Abstimmung zum Änderungsantrag DS0126/07/44 der CDU-Fraktion (mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und zahlreichen Enthaltungen) gibt es Widerspruch durch den Vorsitzenden der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr zum Abstimmungsverfahren, da er davon ausgegangen ist, dass es sich hierbei um einen GO-Antrag handelt.

Der 2. stellv. Vorsitzende Stadtrat Danicke hebt die Abstimmung auf und begründet dies damit, dass ihm bezüglich der eindeutigen Feststellung des Abstimmungszieles ein Fehler unterlaufen ist.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, bringt daraufhin den GO-Antrag – Überweisung des Änderungsantrages DS0126/07/44 in die Ausschüsse BSS und FG – ein.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern erklärt sich mit dem Vorgehen des 2. stellv. Vorsitzenden des Stadtrates Danicke nicht einverstanden, da dieses Verfahren so nicht in der Geschäftsordnung des Stadtrates geregelt ist. Er hält das Abstimmungsverfahren zum Änderungsantrages DS0126/07/44 für gültig.

Der 2. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Danicke verweist auf seine Funktion als Sitzungsleiter, bleibt bei seiner Aufhebung des Abstimmungsergebnisses und eröffnet nun die Diskussion zum GO-Antrag des Stadtrates Canehl, SPD-Fraktion.

Der Vorsitzende der Fraktion future! – die jugendpartei Stadtrat Michael Stage und der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning unterstützen die Argumentation des 2. stellv. Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Danicke und die damit verbundene Beschlussaufhebung und sprechen sich für die Annahme des GO-Antrages aus.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper schlägt als Kompromiss vor, eine entsprechende Drucksache zum Verkauf des Wohnheimes vorzubereiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Nach eingehender Diskussion, in der sich Vertreter der CDU-Fraktion noch einmal kritisch zum Verfahren äußern, **beschließt** der Stadtrat gemäß GO-Antrag des Stadtrates Canehl, SPD-Fraktion, mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0126/07/44 der CDU-Fraktion wird in die Ausschüsse BSS und FG überwiesen.

WV: SR-Sitzung 05.07.2007

Persönliche Erklärung des Vorsitzenden der CDU-Fraktion Stadtrat Stern

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern gibt eine persönliche Erklärung ab. (**Anlage 1**)

Änderungsantrag DS0126/07/40 der CDU-Fraktion

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den Änderungsantrag DS0126/07/40 ein.

Gemäß Änderungsantrag DS0126/0/40 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1466-Z003(IV)07

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Übersicht aller Mitgliedschaften der Landeshauptstadt in Verbänden, Vereinen und Initiativen usw., inkl. der daraus resultierenden finanziellen Belastungen, dem Stadtrat zur Beratung vorzulegen. Dieser entscheidet nach entsprechenden Konsultationen, ob gegebenenfalls ein Austritt aus diesen erfolgt.

Änderungsantrag DS0126/07/38 der CDU-Fraktion

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den Änderungsantrag DS0126/07/38 ein.

Die Vorsitzende des Ausschusses K Stadträtin Meinecke legt kritisch ihren Standpunkt zum Änderungsantrag DS0126/07/38 dar.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr und Stadtrat Mirko Stage, Fraktion future! – die jugendpartei argumentieren ebenfalls gegen die Annahme des Änderungsantrages DS0126/07/38.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht klarstellend auf die Ausführungen des Stadtrates Mirko Stage, Fraktion future! – die jugendpartei, bezüglich der guten Kultur in der Stadt Magdeburg, die ohne Zuschüsse der Stadt dargeboten wird, ein. Er bittet darum im Protokoll festzuhalten, dass in der von der Verwaltung vorgelegten Liste zu den Streichungen der Sparmaßnahmen bis zum Jahr 2015 keine Kürzungen für die Kultur vorgesehen sind.

Vertreter der CDU-Fraktion gehen nochmals auf die Intention des Änderungsantrages DS0126/07/38 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal und Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, argumentieren gegen die Annahme des Änderungsantrages DS0126/07/38.

Abschließend nimmt der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Dr. Koch kritisch zum Änderungsantrag DS0126/07/38 Stellung. Er erinnert in seinen umfangreichen Ausführungen zum Thema Kultur in der Stadt Magdeburg u.a. an die Errichtung der Stadtteilkulturzentren, in denen ein großes ehrenamtliches Bürgerengagement zu verzeichnen ist.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen:

Beschluss-Nr. 1467-Z003(IV)07

Der Änderungsantrag DS0126/07/38 der CDU-Fraktion –

Die Zuschüsse der Landeshauptstadt Magdeburg an folgende Zuwendungsempfänger werden um 20%, gemäß Planungen zum Haushalt 2007, gekürzt:

1. PAKK e.V.
2. Literaturhaus Magdeburg e.V.
3. ARTist!
4. Fraueninitiative Magdeburg e.V.
5. Kuratorium für Industriekultur der Region Magdeburg e.V.

Es erfolgt eine Einzelabstimmung zu den einzelnen Projektträgern. –

wird **abgelehnt**.

Änderungsantrag DS0126/07/39 der CDU-Fraktion

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den Änderungsantrag DS0126/07/39 ein.

Stadträtin Huhn, SPD-Fraktion, hält den Änderungsantrag DS0126/07/39 für widersprüchlich und lehnt ihn im Namen ihrer Fraktion ab.

Stadträtin Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS , argumentiert ebenfalls gegen den Änderungsantrag DS0126/07/39.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke trägt den Änderungsantrag DS0126/07/39 mit.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen:

Beschluss-Nr. 1468-Z003(IV)07

Der Änderungsantrag DS0126/07/39 der CDU-Fraktion –

Die Zuschüsse für freiwillige Aufgaben an Dritte werden grundsätzlich um 20% gekürzt. Des weiteren werden die Zuwendungsempfänger aufgefordert, einen Nachweis für die Notwendigkeit der durch sie erbrachten Leistungen gegenüber der Stadtverwaltung zu erbringen. Diese Nachweise werden durch die sachlich zuständigen Stadtratsausschüsse, den Finanz- und Grundstücksausschuss und den Stadtrat geprüft. –

wird **abgelehnt**.

Änderungsantrag DS0126/07/65 der SPD-Fraktion

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr bringt den GO-Antrag – Überweisung des Änderungsantrages DS0126/07/65 der Fraktion Die Linkspartei.PDS in den Ausschuss StBV – ein.

Gemäß GO-Antrag des Vorsitzenden der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0126/07/65 der Fraktion Die Linkspartei.PDS wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

WV: SR-Sitzung 05.07.2007

Änderungsantrag DS0126/07/66 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt kritisch zum Änderungsantrag DS0126/07/66 Stellung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen:

Beschluss-Nr. 1469-Z003(IV)07

Der Änderungsantrag DS0126/07/66 der Fraktion Die Linkspartei.PDS -

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat innerhalb kürzester Zeit das nochmalige Prüfergebnis bezüglich der Folgen für den Verwaltungshaushalt und den Vermögenshaushalt (kurz-, mittel- und langfristig) bei Durchführung der Sanierungsaufwendungen für Schulen nach PPP bzw. nach bisher üblicher Weise über eigenständige Kreditaufnahme vorzulegen. –

wird **abgelehnt**.

Änderungsantrag DS0126/07/68 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning bringt den Änderungsantrag DS0126/07/68 ein und bittet um Zustimmung.

Stadtrat Dr. Reichel, SPD-Fraktion und Stadtrat Seifert, CDU-Fraktion, argumentieren gegen den Änderungsantrag DS0126/07/68.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper bittet ebenfalls um Zustimmung zum Änderungsantrag DS0126/07/68.

Stadtrat Mirko Stage, Fraktion future! – die jugendpartei, beantragt die punktuelle Abstimmung des Änderungsantrages DS0126/07/68.

Im Rahmen der weiteren Diskussion nimmt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Marx zum Änderungsantrag DS0126/07/68 Stellung und geht im weiteren klarstellend auf die in der Diskussion gemachten Ausführungen ein.

Bezüglich der Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS , zu den geplanten Ausgrabungen auf dem Parkplatz Sternbrücke merkt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Marx an, dass dort ab dem 01.05.2007 Rodungsmaßnahmen durch die AQB und GISE durchgeführt werden und dazu ein Teil des Parkplatzes als Baustelleneinrichtung benutzt wird.

Stadtrat Dr. Reichel, SPD-Fraktion, bittet darum, das Wort „Verzicht“ im Beschlusstext des Änderungsantrages DS0126/07/68 nicht zu verwenden.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning gibt eine redaktionelle Änderung bekannt. (Im Beschlusstext 2. Zeile ist das Wort „Verzicht“ durch „weitestgehende Einschränkung“ zu ersetzen.

Es erfolgt die punktuelle Abstimmung zum modifizierten Änderungsantrag DS0128/07/68 der Fraktion Die Linkspartei.PDS .

Gemäß Punkt 1 des Änderungsantrages DS0128/07/68 der Fraktion Die Linkspartei.PDS **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1470-Z003(IV)07

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, in welchem Umfang der Budgetanteil für das Stadtplanungsamt gekürzt werden kann bei weitestgehender Einschränkung

a) der eigenständigen archäologischen Grabungen v. a. im südlichen Stadtzentrum

Gemäß Punkt 2 des Änderungsantrages DS0128/07/68 der Fraktion Die Linkspartei.PDS **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1471-Z003(IV)07

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, in welchem Umfang der Budgetanteil für das Stadtplanungsamt gekürzt werden kann bei weitestgehender Einschränkung

b) bei der Produktion von Broschüren des Amtes während des Konsolidierungszeitraumes.

Änderungsantrag DS0126/07/69 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Gemäß GO-Antrag der Fraktion Die Linkspartei.PDS **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0126/07/69 der Fraktion Die Linkspartei.PDS wird in die Ausschüsse KRB, FG und VW überwiesen.

WV: SR-Sitzung 05.09.2007

Änderungsantrag DS0126/07/64 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning bringt den Änderungsantrag DS0126/07/64 ein.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, merkt an, dass seine Fraktion dem Änderungsantrag DS0126/07/64 mit der Maßgabe, das Wort „Einnahmeverbesserung“ zu streichen, zustimmen würde.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern spricht sich im Namen seiner Fraktion ebenfalls gegen den Begriff „Einnahmeverbesserung“ aus, da dies nicht das Ziel einer städtischen Wirtschaftsförderung sein kann.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist darauf, dass ein Beschluss zur Struktur der Wirtschaftsförderung gefasst wurde und er keinen diesbezüglichen Handlungsbedarf sieht.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann schließt sich den Ausführungen des Vorsitzenden der CDU-Fraktion Stadtrat Stern an und gegen die Annahme des Änderungsantrages DS0126/07/64 aus.

Der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionaler Zusammenarbeit Herr Dr. Puchta nimmt zum Änderungsantrag DS0126/07/64 und zur jetzigen Struktur der Wirtschaftsförderung Stellung. Er merkt diesbezüglich an, dass die Stadt als Dienstleister für Unternehmen fungieren muss, an den Stellen wo ein Privater nicht tätig werden kann. Er geht in diesem Zusammenhang kritisch auf Anmerkungen des Einbringers ein.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Jastimmen:

Beschluss-Nr. 1472-Z003(IV)07

Der Änderungsantrag DS0126/07/64 der Fraktion Die Linkspartei.PDS –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat nach Prüfung und Abwägung Varianten zur Reformierung der jetzigen Strukturen der Wirtschaftsförderung mit Dezernat und Servicegesellschaft vorzulegen mit dem Ziel der Einnahmeverbesserung und Zuschusskürzung sowie des Verzichtes auf ein Dezernat ab 2008. –

wird **abgelehnt**.

Änderungsantrag DS0126/07/63 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning begründet den Änderungsantrag DS0126/07/63.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht klarstellend auf den Änderungsantrag DS0126/07/63 ein und stellt dabei fest, dass mit den avisierten Landeszuweisungen von ca. 8 Mio Euro die Haushaltslücke reduziert wird.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning zieht darauf hin den Änderungsantrag DS0126/07/63 **zurück**.

Änderungsantrag DS0126/07/70 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning bringt den GO-Antrag – Überweisung des Änderungsantrages DS0126/07/70 in die Ausschüsse VW, KRB und RWB – ein.

Gemäß GO-Antrag des Vorsitzenden der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0126/07/70 wird in die Ausschüsse VW, KRB und RWB überwiesen.

WV: SR-Sitzung 06.09.2007

Änderungsantrag DS0126/07/9 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Hierzu liegt ein Austauschexemplar vor.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning bringt den Änderungsantrag DS0126/07/9 ein.

Gemäß Änderungsantrag DS0126/07/9 der Fraktion Die Linkspartei.PDS **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1473-Z003(IV)07

Der Stadtrat möge in der Anlage 3 ergänzen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Vorschläge der Fraktion Die Linkspartei.PDS in die Übersicht der Anlage 3 auf zu nehmen.

Gemäß Änderungsantrag DS0126/07/9 der Fraktion Die Linkspartei.PDS **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1463-Z003(IV)07

Der Stadtrat möge in der Anlage 3 ergänzen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Vorschläge der Fraktion Die Linkspartei.PDS in die Übersicht der Anlage 3 auf zu nehmen.

Änderungsantrag DS0126/07/10 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning bringt den Änderungsantrag DS0126/07/10 ein.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Bromberg begründet die Ablehnung zum Änderungsantrag DS0126/07/10 des Ausschusses FG.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal empfiehlt gleichfalls, den Änderungsantrag DS0126/07/10 abzulehnen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper erläutert die Zielstellung der Anlage 4 der Drucksache DS0126/07.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 11 Ja-, 21 Neinstimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1474-Z003(IV)07

Der Änderungsantrag DS0126/07/10 der Fraktion Die Linkspartei.PDS -

Der Stadtrat möge in der Anlage 4 ändern:

3. Schwerpunkte von Investitionen sind die Sanierung von Schulen und Kindertageseinrichtungen –

wird **abgelehnt**.

Änderungsantrag DS0126/07/17 der CDU-Fraktion

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den Änderungsantrag DS0126/07/17 ein.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hält den Änderungsantrag DS0126/07/17 für unnötig und begründet seinen Standpunkt.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht klarstellend auf die Ausführungen des Stadtrates Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein und verweist dabei auf die Aussage des Bauministers Herrn Daehre, dass das Ministerium die Aufwertung von Schulen und Kindergärten im Rahmen des Programms Stadtumbau Ost nicht mehr fördert. Vor dem Hintergrund dieser Position empfiehlt er diesen Änderungsantrag.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag DS0126/07/17 der CDU-Fraktion mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1475-Z003(IV)07

Der Punkt 3 der Anlage 4 der Drucksache wird wie folgt neu gefasst.

3. Schwerpunkte der Investitionen sind Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung, **Maßnahmen im Rahmen des Programms Stadtumbaus Ost, der IBA** sowie die Sanierung von Schulen und Kindertageseinrichtungen.

Änderungsantrag DS0126/07/11 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning zieht den Änderungsantrag DS0126/07/11 **zurück**.

Änderungsantrag DS0126/07/12 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Der Vorsitzende der Fraktion Die Linkspartei.PDS Stadtrat Brüning zieht den Änderungsantrag DS0126/07/12 **zurück**.

Änderungsantrag DS0126/07/18 der CDU-Fraktion

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern zieht den Änderungsantrag DS0126/07/18 zurück.

Abstimmung zur Drucksache DS0126/07

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung aller beschlossenen Änderungsanträge zu den Maßnahmen der Anlage 1 und des 58. Änderungsantrages der SPD-Fraktion – Änderung des Kurztitels – Untersetzung der Konsolidierungsvorschläge aus **dem Beschluss des Stadtrates Nr. 1392-46(IV)07 vom 15.03.2007** zu den kommunalaufsichtlichen Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes vom 2.2.2007 zur Haushaltssatzung 2007 der Landeshauptstadt Magdeburg mehrheitlich, bei einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1476-Z003(IV)07

1. Die in Anlage 1 aufgeführten Konsolidierungsmaßnahmen 107 bis 121 werden bestätigt. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die entsprechenden Beschlussdrucksachen zu erarbeiten.
2. Die überarbeitete langfristige Finanzplanung (Anlage 2) wird zur Kenntnis genommen.
3. Die eingereichten Konsolidierungsvorschläge der Fraktionen und der Bürger (Anlage 3) werden geprüft. Zur Umsetzung werden ebenfalls konkrete Beschlussdrucksachen erarbeitet.
4. Bis zum Abschluss der Haushaltskonsolidierungsphase werden die in Anlage 4 aufgeführten Grundsätze der Haushaltsführung beschlossen.

4. Ausstellung des Magdeburg-Passes A0073/07

Die Vorsitzende des Ausschusses FuG Stadträtin Huhn bringt den Antrag A0073/07 ein.

Die Vorsitzende des Ausschusses Juhi Stadträtin Wübbenhorst bringt den Änderungsantrag A0073/07/1 ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt zum Antrag A0073/07 Stellung und stellt klar, dass er aufgrund der Haushaltssperre eine diesbezügliche Stadtratsbeschlussfassung nicht umsetzen kann.

Der Vorsitzende des Ausschusses GeSo Stadtrat Gierfers informiert, dass der Ausschuss den Antrag A0073/07 einstimmig unterstützt hat.

In seiner Eigenschaft als Stadtrat der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen argumentiert er für die Annahme des Antrages A0073/07 und des Änderungsantrages A0073/07/1 des Ausschusses Juhi.

Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, unterstützt die Ausführungen des Stadtrates Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und bittet ebenfalls um Zustimmung zum Antrag A0073/07.

Stadtrat Mirko Stage, Fraktion future! – die jugendpartei, kann die Argumente des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper zwar nachvollziehen, sieht aber in der Praxis das Problem, die Gültigkeit des Magdeburg-Passes zu kontrollieren.

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker legt die Position der Verwaltung zur Thematik dar. Sie verweist darauf, dass die Ausstellung des Magdeburg-Passes im Ergebnis einer internen Prüfung des Rechtsamtes im Widerspruch zur Haushaltssperre steht dies aber so im Ausschuss Juhi nicht gesehen wurde.

Die Nachfrage des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal zur Höhe der finanziellen Belastung bei Ausstellung des Magdeburg-Passes kann im Vorfeld von der Verwaltung nicht beantwortet werden.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0073/07/1 des Ausschusses Juhi mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den für die bedürftigen Bürgerinnen und Bürger dringend benötigten Magdeburg-Pass unverzüglich auszustellen.

Die Ausstellung des Magdeburg-Passes erfolgt während der Haushaltssperre ohne die Ermäßigungen für die MVB.

Gemäß Antrag A0073/07 des Ausschusses FuG **beschließt** der Stadtrat in der Fassung des Änderungsantrages A0073/07/1 des Ausschusses Juhi mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr.1468-Z003(IV)07

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den für die bedürftigen Bürgerinnen und Bürger dringend benötigten Magdeburg-Pass unverzüglich auszustellen.

Die Ausstellung des Magdeburg-Passes erfolgt während der Haushaltssperre ohne die Ermäßigungen für die MVB.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Jens Ansorge
Vorsitzender des Stadtrates

Silke Luther
Protokollantin

Anlage 1 – Persönliche Erklärung des Vorsitzenden der CDU-Fraktion Stadtrat Stern

Anwesend:

Vorsitzende/r

Ansorge, Jens

Mitglieder des Gremiums

Hildebrand, Jürgen Dr.

Balzer, Falko

Boeck, Hugo

Bork, Jana

Bromberg, Hans-Dieter

Brüning, Hans-Werner

Canehl, Jürgen

Czogalla, Olaf

Danicke, Martin

Franke, Holger

Frömert, Regina

Giefers, Thorsten

Gripinski, Axel

Heendorf, Michael

Hein, Rosemarie Dr.

Heinemann, Klaus

Heinl, Gerhard

Herbst, Sören Ulrich

Hoffmann, Martin

Huhn, Dagmar

Klein, Carsten

Krause, Bernd

Kriese, Birgit

Kutschmann, Klaus Dr.

Lischka, Burkhard

Löhr, Rainer

Meinecke, Karin

Meinecke, Sven

Meinecke, Walter

Müller, Oliver

Paqué, Sabine

Reichel, Gerhard Dr.

Reppin, Bernd

Rink, Johannes

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter

Schmidt, Kurt Dr.

Schoenberner, Hilmar

Schuster, Frank

Seifert, Eberhard

Siedentopf, Uta

Stage, Michael

Stage, Mirko

Stern, Reinhard

Szydzick, Claudia

Trümper, Lutz Dr.
Wähnelt, Wolfgang
Westphal, Alfred
Wübbenhorst, Beate
Zimmer, Gerd Dr.

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Bischoff, Norbert
Grünert, Gerald
Heynemann, Bernd
Schmicker, Wolfgang
Schwenke, Wigbert
Veil, Thomas

Geschäftsführung

Behne, Andrea
Luther, Silke